

Briefing

Wahlen in Rumänien 2024

Institut für den Donauraum
und Mitteleuropa (IDM)

52.5%

Wahlbeteiligung
(Parlamentswahlen)

31 Parteien und Bündnisse,
19 Organisationen der nationalen
Minderheiten

Anzahl der angetretenen
Parteien/Listen/Bündnisse

331 Abgeordnete,
136 Senator*innen

Parlamentssitze

Einleitung

2024 ist ein Superwahljahr für Rumänien: Die Europa- und Kommunalwahlen fanden am 9. Juni statt und die Parlaments- und Präsidentschaftswahlen waren an drei konsekutiven Sonntagen im November und Dezember geplant. Nachdem am 24. November der erste Wahlgang der Präsidentschaftswahlen über die Bühne ging, entschieden die Wähler*innen am 1. Dezember in den Parlamentswahlen über die Zusammensetzung des Senats und der Abgeordnetenkammer. Für den 8. Dezember war ursprünglich der zweite Wahlgang der Präsidentschaftswahlen geplant, der Durchgang wurde jedoch am 6. Dezember durch den Verfassungsgerichtshof annulliert.

Die Wahlen 2024 fanden bzw. finden in einem komplizierten Umfeld statt: hohe Inflation, hohes Haushaltsdefizit (voraussichtlich 8% des BIP Ende 2024; 2023 waren es noch 6,6 Prozent), der demografische Rückgang (vor allem wegen der jahrelangen Abwanderung von Rumän*innen ins Ausland) und der Krieg in der Ukraine. All diese Faktoren beeinflussen die Prioritäten der Wähler*innen, wobei einige Themen besonders im Fokus stehen, darunter Fragen der wirtschaftlichen Sicherheit und politischen Stabilität, nationalen Sicherheit, der EU- und NATO-Mitgliedschaft und die Souveränität Rumäniens in einem angespannten geopolitischen Umfeld.

Außerdem finden die Wahlen in Rumänien in einem von Populismus geprägten Kontext statt – von Marine Le Pen in Frankreich und Giorgia Meloni in Italien bis hin zu Viktor Orbán in Ungarn und Geert Wilders in den Niederlanden. In Ländern wie Deutschland, Schweden und Österreich, die während der europäischen Migrationskrise 2015 zu den Hauptempfängern von Asylant*innen gehörten, konnten rechtspopulistische Parteien besonders an Einfluss gewinnen.

Im Gegensatz zu früheren Zyklen, in denen die beiden Arten von Wahlen weit voneinander entfernt stattfanden (z. B. 2019 die Präsidentschafts- und 2020 die Parlamentswahlen), waren 2024 beide Wahlen zu nahe beieinanderliegenden Terminen geplant. Dies ist eine Premiere für Rumänien seit 1989. In der Aufregung der Präsidentschaftswahlen gerieten allerdings die noch wichtigeren Parlamentswahlen etwas in den Schatten. Die Wahlen werden auf dem ganzen Territorium Rumäniens und auch im Ausland organisiert. Die Diaspora spielt dabei eine immer wichtigere Rolle, auch die wachsende Zahl von Wahllokalen und die Möglichkeit der Briefwahl könnten das Ergebnis beeinflussen.

Kampagnen, Themen und Skandale im Vorfeld der Wahltermine

Eine Besonderheit dieses Wahlkampfes bestand darin, dass vorwiegend auf einer Bühne abseits des eigentlichen Wahlkampfes versucht wurde, die Konkurrent*innen zu diskreditieren. Dazu zählen etwa:

- die Enthüllungen über den ehemaligen stellvertretenden NATO-Generalsekretär und unabhängigen Präsidentschaftskandidat Mircea Geoană im Zusammenhang mit den Vorgängen um seinen privaten Moskau-Besuch 2009,
- das sogenannte „Iohannis-Gesetz“, das Präsident Klaus Iohannis die Teilnahme an den Parlamentswahlen hätte ermöglichen können,
- der Skandal um die Verbindungen von Laura Vicol (PSD, 25. November 2021 - 7. Oktober 2024, Vorsitzende des Rechts-, Disziplinar- und Immunitätsausschusses der rumänischen Abgeordnetenversammlung) zum Unternehmen Nordis, das des Immobilienbetrugs verdächtigt wird,
- der Fall der Bestechung des Arztes Nelu Tătaru (PNL, 26. März 2020 - 23. Dezember 2020 Gesundheitsminister),
- die Werbung für das im September erschienene Buch „Im Dienste des Landes“ von Nicolae Ciucă (PNL), wofür zwei Millionen Euro an öffentlichen Geldern verwendet wurden
- sowie die „Einstellung“ des politischen Dialogs von PNL mit der PSD im Kontext der Spannungen zwischen den beiden Parteien.

All diese Fälle sind außerhalb der eigentlichen Kampagnen aufgedeckt worden.

Die anderen Kampagnenelemente, die in den 30 Tagen des eigentlichen Wahlkampfes eingeführt wurden, waren weniger zahlreich und intensiv. Es ist jedoch erwähnenswert, dass der unabhängige, rechtsextreme populistische Präsidentschaftskandidat, TikTok-Kritiker und NATO-Kritiker Călin Georgescu eine starke anti-systemische und traditionsgebundene Kampagne auf TikTok führte, wo viele seiner Videos im Monat vor der ersten Runde der Präsidentschaftswahlen am 24. November viral gingen. Im Vorfeld der Wahlen wurde in der Presse allerdings nicht mit der Möglichkeit eines massiven Stimmengewinns Georgescus gerechnet. Sein politisches Programm umfasst unter anderem die Verringerung der Importabhängigkeit, die Unterstützung der Landwirt*innen, die Steigerung der heimischen Lebensmittel- und Energieproduktion, Steuererleichterungen für rumänische Erzeuger*innen, die Souveränität Rumäniens, sowie der Rückzug des Landes aus der Unterstützung der Ukraine und die Normalisierung der Beziehungen zu Russland. Der unabhängige Kandidat hat auch Botschaften auf TikTok verbreitet, in denen er Rumäniens Mitgliedschaft in der NATO und der Europäischen Union kritisierte. Die Presse schrieb zudem, dass Călin Georgescu durch ein koordiniertes Netzwerk von Werbekonten unterstützt wurde, ohne dass die bezahlte Werbung in irgendeiner Weise gekennzeichnet wurde. Der Nationale Rat für audiovisuelle Medien hat am 26. November die Europäische Kommission über die Aktivitäten der Plattform TikTok informiert, da diese trotz ihrer Zusage, sich von politischer Werbung fernzuhalten, dem unabhängigen Kandidaten Calin Georgescu erlaubt hat, Wahlkampf zu betreiben. Außerdem forderte der Vizepräsident der Nationalen Behörde für die Verwaltung und Regulierung der Kommunikation, Pavel Popescu, am 28. November öffentlich ein Verbot der Plattform TikTok in Rumänien, nachdem Vorwürfe laut geworden waren, sie habe die rumänischen Wähler*innen im ersten Wahlgang zugunsten des Souveränisten Călin Georgescu beeinflusst. Am 28. November wurde außerdem der Oberste Rat für Nationale Verteidigung vom rumänischen Präsidenten Klaus Iohannis einberufen, um über Aktionen staatlicher und nichtstaatlicher Cyber-Akteure auf IT&C-Infrastrukturen zur Unterstützung des

Wahlprozesses zu beraten. Der Rat berichtete, dass es Cyberangriffe gab, die darauf abzielten, die Fairness des Wahlprozesses zu beeinflussen, und dass die Kampagne von Georgescu das Wahlgesetz nicht einhielt.

Călin Georgescu war in Fernsehsendungen erst zu sehen, als George Simion ihn als Vorschlag der AUR für das Amt des Ministerpräsidenten nach den Wahlen 2020 benannte, als AUR den Einzug ins Parlament schaffte. Laut einem Länderbericht der Konrad Adenauer Stiftung folgen seine Ansichten denen der als „Legionäre“ bekannten rumänischen Faschisten. In diversen von ihm veröffentlichten Beiträgen äußerte er seine Bewunderung für die faschistischen Führer Rumäniens während des Zweiten Weltkrieges sowie für die Verantwortlichen des Holocausts und bezeichnete Ion Antonescu dabei als „Helden“. Die rumänische Staatsanwaltschaft ermittelt gegen ihn wegen Verherrlichung faschistischer Kriegsverbrechen, so der Bericht. Des Weiteren wurde Georgescu aufgrund seiner nationalistischen Aussagen aus der AUR ausgeschlossen.

Darüber hinaus verblasste das Thema des für den 24. November geplanten Referendums des Bukarester Oberbürgermeisters Nicușor Dan (USR) recht schnell. Darin ging es um die Finanzverwaltung der Stadt Bukarest und die Verhinderung des Drogenkonsums an Schulen (das zwischen 14. und 27. Oktober in den Medien verbreitet wurde). Das für die PSD potenziell angreifbare Thema verlor deshalb schnell an Bedeutung, weil die PSD die Idee nicht in Frage stellte und eine eigene Frage in das Referendum einbrachte.

Am 26. Oktober 2024 gab die PSD bekannt, dass sie bei der Polizei, der Ständigen Wahlbehörde und dem Zentralen Wahlbüro eine Beschwerde gegen AUR eingereicht hat, nachdem Plakate mit der Botschaft „George Simion 2024 – Der sichere Weg, PSD loszuwerden“ auf mehreren Plakatwänden erschienen waren, die für die Kandidaten der Präsidentschaftswahlen werben sollten. Die Vertreter*innen der PSD betonten, dass die von der AUR verteilten Plakate mit dem Ziel erstellt wurden, die Wähler*innenschaft durch eine negative

Wahlkampagne zu beeinflussen, was im Widerspruch zu den gesetzlichen Bestimmungen stand.

Die Presse beschäftigte auch die Geschäfte von Mihai Cristian Ciolacu, dem Neffen des Premierministers Marcel Ciolacu (PSD). Dieser versuchte im Sommer 2024, seine beiden Unternehmen im Energiesektor zu verkaufen, nachdem er für sie im Mai des Vorjahres Finanzierungsvereinbarungen über den Nationalen Wiederaufbauplan (National Recovery and Resilience Plan – NRRP) im Wert von 84 Millionen Euro erhalten hatte, obwohl er zuvor nach Angaben des Finanzministeriums einen Nullumsatz gemeldet hatte.

Die Zeit vom 28. Oktober bis 22. November war geprägt von einer Debatte um die außenpolitischen Kompetenzen von Elena Lasconi, Kandidatin der USR für das Amt der rumänischen Staatspräsidentschaft. In einer TV-Diskussion konnte sie eine Frage zur NATO nicht beantworten, die ihr der unabhängige Kandidat Mircea Geoană gestellt hatte. Ebenfalls Ende Oktober veröffentlichte die USR-Vorsitzende Elena Lasconi auf ihrer Facebook-Seite ein Posting, wonach sich ihr Konkurrent Mircea Geoană mit dem israelischen Geschäftsmann Tal Hanan getroffen haben sollte. Hanan soll laut The Guardian mit einer Arbeitsgruppe mit Desinformationskampagnen Wahlen in 30 Ländern manipuliert haben. Lasconi fügte dem Posting auch Fotos bei, die angeblich die Verbindungen zu Hanan zeigen. In seiner Antwort behauptet der unabhängige Präsidentschaftskandidat, er kenne die Person nicht. Premierminister Marcel Ciolacu behauptete seinerseits am 30. Oktober, dass sich in einem Gebäude in der Hauptstadt zahlreiche Server für Bot-Farmen befinden, die angeblich für die Kampagne von Mircea Geoană arbeiten.

Auch innerhalb der AUR gab es einen Skandal: So erzählte ein Abgeordneter der AUR dem Plenum, dass 60.000 Euro für wählbare Sitze im Parlament verlangt worden seien und forderte den Rücktritt von George Simion als AUR-Präsident. Die Ereignisse scheinen keinen nennenswerten Einfluss auf die öffentliche Meinung gehabt zu haben, sondern überdeckten andere potenzielle Angriffspunkte.

Ab dem 7. November beschäftigte die Medien die Vorwürfe gegen George Simion, wonach sich der AUR-Parteivorsitzende mit russischen Agenten getroffen habe. Außerdem kursierten immer wieder Nachrichten über Einreiseverbote für den AUR-Vorsitzenden Simion in die Republik Moldau und die Ukraine. Igor Grosu, Sprecher des Parlaments der Republik Moldau, sagte am 22. November 2024 in einer Live-Sendung für Euronews Rumänien: „Wenn eine Person durch Handlungen oder Reden eine Destabilisierung herbeiführt oder versucht, eine Destabilisierung herbeizuführen, ist es unsere Pflicht, sehr schnell zu intervenieren, um dies nicht zuzulassen“. Die ukrainischen Behörden begründeten das Verbot mit Simions „systematischen anti-ukrainischen Aktivitäten“, zeigte ein Dokument, das am 15. November von Vertreter*innen der rumänischen Regierung veröffentlicht wurde, nachdem Premierminister Marcel Ciolacu sie um ihre Zustimmung zur Veröffentlichung gebeten hatte.

Zu beobachten waren auch kritische Aussagen, die Nicolae Ciucă (PNL) an die PSD richtete. Die Presse berichtete im November auch von Privatjet-Flügen des PSD-Parteivorsitzenden Marcel Ciolacu im Jahr 2022, der mehrmals mit einem von der Immobiliengesellschaft Nordis angemieteten Flugzeug nach Nizza gereist sei. Dies führte dazu, dass der Senat und die Abgeordnetenkammer am 20. November beschlossen, eines gemeinsamen parlamentarischen Untersuchungsausschusses einzusetzen. Dieser soll nicht nur die Ausgaben der Präsidentschaftsverwaltung in den Jahren 2014 bis 2024 überprüfen, sondern auch ermitteln, warum die Dokumente darüber geheim gehalten wurden und ob es dafür eine legitime Rechtsgrundlage gab. Im Zentrum stehen dabei auch die Anmietungen privater Luxusjets für die Auslands- und Inlandsreisen sowie Urlaube des Präsidenten.

Parlamentswahlen am 1. Dezember

Die Senator*innen und Abgeordneten werden für eine Amtszeit von vier Jahren gewählt. Insgesamt wird das nach den Parlamentswahlen vom 1. Dezember 2024 gewählte rumänische Parlament 465 Mitglieder haben: 331 Abgeordnete und 136 Senator*innen. 31 Parteien und Bündnisse sowie 19 nationale Minderheitenorganisationen haben sich für die Parlamentswahlen 2024 angemeldet. Laut offiziellen Quellen stellt die Mitte-Links-Sozialdemokratische Partei (PSD/S&D) die meisten Kandidat*innen – 636, die rechtsextreme nationalistische Partei S.O.S. Rumänien – 636, die Mitte-Rechts-Nationalliberale Partei (PNL/EVP) – 630, die rechtspopulistische und nationalistische Allianz für die Vereinigung der Rumänen (AUR/ECR) – 621, die liberal-konservative Partei Macht des Rechts (FD/EVP) – 619, die Demokratischen Allianz der Ungarn in Rumänien (UDMR/EVP) – 596 und die liberale Mitte-Rechts-Partei Union Rettet Rumänien (USR/RENEW) – 589 Kandidat*innen. In einer Umfrage vom November lag die PSD an der Spitze. Bezogen auf die Personen, die sich für eine Partei auf der Liste entschieden haben, zeigten die Zahlen Folgendes: PSD – 31.1%; AUR – 20.7%; PNL – 16.2%; USR – 12.7%; S.O.S. Rumänien – 5.9%; UDMR – 4.5%; FD – 1.1%.

Die Koalitionsregierung zwischen PSD und PNL, die bis 2024 andauert, schafft eine atypische Situation: Die beiden Parteien konkurrieren bei den Wahlen miteinander, aber es könnte ihnen schwerfallen, nach dieser Zeit der Zusammenarbeit klar abgegrenztes Profil zu zeigen. Die Partei AUR, welche für die Werte „Familie, Vaterland, Glaube und Freiheit“ einsteht und die für die Vereinigung Rumäniens und der Republik Moldau plädiert, hat sich auch zu einer wichtigen politischen Kraft entwickelt und positionierte sich als lautstarker Kritiker der traditionellen politischen Elite. Ihre Strategien konzentrieren sich darauf, unzufriedene Wähler*innen zu mobilisieren. Die rechtspopulistische AUR will verfolgt einen anti-elitären Ansatz und gibt sich – unter anderen durch den effektiven Einsatz von Social Media – volksnah.

Die wichtigsten Parteien/Bündnisse und ihre ideologische Ausrichtung

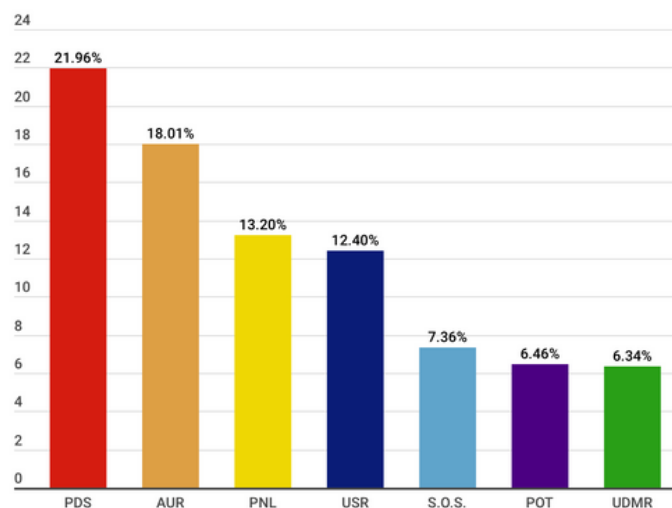
Teilnehmende Parteien	Spitzenkandidat*innen	Richtung	Europäische Affiliation
Social Democratic Party (PSD)	Marcel Cioalacu	Mitte-links, sozialdemokratisch, sozialkonservativ	S&D
Alliance for the Union of Romanians (AUR)	George Simion	Rechtspopulistisch, ultranationalistisch	ECR
National Liberal Party (PNL)	Ilie Bolojan	Mitte-rechts-nationalliberal, christdemokratisch	EPP
Save Romania Union (USR)	Elena Lasconi	Mitte-rechts, liberal	Renew Europe
S.O.S. Romania	Diana Șoșoacă	Rechtsextrem, nationalistisch	NI
Party of Young People (POT)	Anamaria Gavrilă	Rechts, vertritt Interessen junger Wähler*innen	-
Democratic Alliance of Hungarians in Romania (UDMR)	Hunor Kelemen	Vertritt die Interessen der ungarischen Minderheit	EPP

Wahlergebnisse der Parlamentschaftswahlen 2024

Bei den Parlamentswahlen am 1. Dezember 2024 gewann die Sozialdemokratische Partei (PSD) rund 22 % der Stimmen, gefolgt von der rechtsextremen Allianz für die Einheit der Rumänen (AUR) mit rund 18 %. Die Nationalliberale Partei (PNL) und die Union zur Rettung Rumäniens (USR) erhielten jeweils rund 13–14 % bzw. 12–13 %, was zu einer fragmentierten politischen Landschaft führt. Die Wahlbeteiligung verzeichnete eine Rekordbeteiligung von 52,5 %, wobei die rechtsextremen Parteien erhebliche Zugewinne verzeichneten, die Rumäniens traditionell proeuropäische Haltung in Frage stellen könnten. Ob die rechtsextremen Kräfte auch in die Regierung kommen, hängt maßgeblich von der stimmenstärksten Partei, der PSD, ab. Ob es zu einer Zusammenarbeit mit rechtsnationalen Parteien kommt, entscheidet letztlich, welches Lager sich PSD-intern durchsetzen kann. Nachdem die Ernennung des Premierministers durch den oder die Staatspräsident*in erfolgt, konzentriert sich die

öffentliche Aufmerksamkeit aktuell stark auf den Ausgang der Präsidentschaftswahlen. Am 6. Dezember gingen Tausende in Bukarest auf die Straße, um für eine pro-europäische Ausrichtung des Landes zu demonstrieren. Die politische Krise, in der sich das Land in diesen Wochen befindet, dürfte also noch mindestens bis zu den Neuwahlen anhalten.

Ergebnisse im Überblick



Source: Prezență la vot

Präsidentenwahlen 2024

In Rumänien beträgt die Amtszeit des Präsidenten gemäß der Verfassung fünf Jahre. Dieselbe Person kann für höchstens zwei Amtszeiten zum Präsidenten gewählt werden. Der Präsident hat die Aufgabe, den Staat international zu vertreten. Er ist Garant der nationalen Unabhängigkeit, sorgt für die Einhaltung der Verfassung und das ordnungsgemäße Funktionieren der öffentlichen Behörden. Außerdem ist er Befehlshaber der Streitkräfte und fungiert als Präsident des Obersten Verteidigungsrates des Landes.

Vierzehn Kandidat*innen haben sich für die erste Runde der Präsidentenwahlen angemeldet – 10 Kandidat*innen von politischen Parteien und 4 Unabhängige: Elena Lasconi – USR; George Simion – AUR; Marcel Ciolacu – PSD; Nicolae Ciucă – PNL; Kelemen Hunor – UDMR; Mircea-Dan Geană – unabhängig; Ana Birchall – unabhängig; Alexandra-Beatrice Bertalan-Păcuraru – Partei Alternative für die nationale Würde (ADN); Sebastian-Constantin Popescu – Partei für ein neues Rumänien (PNR); Ludovic Orban – Partei Macht des Rechts (FD); Călin Georgescu – unabhängig; Cristian Diaconescu – unabhängig; Cristian-Vasile Terheș – Rumänische Nationalkonservative Partei (PNCR); Silviu Predoiu – Partei Nationale Aktionsliga (PLAN). In einem präzedenzlosen Fall hat das Zentrale Wahlbüro die Kandidatur von Diana Șoșoacă, Vorsitzende der extremistischen Partei S.O.S. Rumänien, als unzulässig zurückgewiesen. Richter*innen des Verfassungsgerichts schrieben in der Begründung der Entscheidung, mit der ihre Kandidatur abgelehnt wurde, dass ihre Überzeugungen nicht mit den demokratischen Werten vereinbar seien und wenn sie Präsidentin werden würde, die Mitgliedschaft Rumäniens in der EU und der NATO gefährden würde. Ludovic Orban (FD) ist am 18. November aus dem Rennen um die Präsidentschaft ausgestiegen, um Elena Lasconi (USR) zu unterstützen.

Politische Programme

Alle Präsidentschaftskandidat*innen versprochen, die Steuern nicht zu erhöhen. Die Kandidaten von PSD und PNL haben mehrfach erklärt, dass sie das Haushaltsdefizit in den nächsten sieben Jahren auf 2,5 % senken würden. Im Wahlkampf machten die Parlamentsparteien und die Präsidentschaftskandidat*innen Versprechungen und schlugen Projekte zur Veränderung der territorialen Organisation vor, einschließlich der Verringerung der Anzahl von Rathäusern. Mit einer echten Dezentralisierung, mit Regionen anstelle von Bezirken, wären die europäischen Fonds viel leichter zugänglich. Zum Beispiel hat Rumänien im Falle des Nationalen Wiederaufbauplans (*National Recovery and Resilience Plan – NRRP*) nur 2,1 Mrd. EUR an Zuschüssen und 1,9 Mrd. EUR an Darlehen von den insgesamt fast 27 Mrd. EUR erhalten hat.

Trotz des andauernden Krieges in der Ukraine und der zunehmenden internationalen Forderung nach einem stärkeren Grenzschutz, wird in Rumänien immer noch mit Gesetzen gearbeitet, die Anfang der 1990er Jahre entworfen wurden und die selbst von den heutigen Politiker*innen als überholt bezeichnet werden. Die Debatte über neue nationale Sicherheitsgesetze wurde jedoch schnell beiseitegeschoben. Im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine ist hinzuzufügen, dass AUR-Kandidat George Simion offiziell die NATO-Mitgliedschaft und die Stärkung der Ost- und Südflanke des Bündnisses unterstützt, aber im Gegensatz zu den anderen Kandidat*innen davon ausgeht, dass Rumänien nicht in einen Krieg verwickelt werden dürfe und seine Neutralität wahren solle. Der unabhängige Kandidat Călin Georgescu ist der Ansicht, dass Rumänien nicht in einen Konflikt hineingezogen werden dürfe und dass die NATO-Mitgliedschaft Rumänien nicht die Sicherheitsgarantien biete, die das Land benötige.

Abseits des Themas Sicherheit wurden die Präsidentschaftskandidat*innen mit einem Thema konfrontiert, das in der rumänischen Gesellschaft oft als Tabu gilt – LGBTQ+-Rechte und Lebenspartnerschaften.

Mit überwiegend konservativen Botschaften brachten viele der Kandidat*innen die Idee zum Ausdruck, dass Rumänien nicht bereit für einen solchen Schritt sei. Die Erklärung der USR-Kandidatin war eine Ausnahme, wobei sich Lasconi für die Lebenspartnerschaft stark eingesetzt hat.

Knalleffekt: Annulierung der Präsidentschaftswahl

Zur allgemeinen Überraschung und trotz seiner relativ bescheidenen Position in den Umfragen belegte der unabhängige rechtsextreme populistische Kandidat Călin Georgescu bei den Wahlen am 24. November den ersten Platz, gefolgt von Elena Lasconi (USR), Marcel Ciolacu (PSD) und George Simion (AUR). Als Reaktion auf die Niederlage traten Marcel Ciolacu (PSD) und Nicolae Ciucă (PNL) am 25. November von ihren Ämtern als Parteivorsitzende zurück. Bemerkenswert ist auch, dass sich der Ausgang der ersten Wahlrunde auf die zur Parlamentswahl antretenden Parteien auswirkte. So lag in einer Umfrage nach dem Wahltermin plötzlich die AUR an der Spitze, gefolgt von PSD und USR, was die allgemeine Nervosität innerhalb der traditionellen Parteien erhöhte. Angesichts der anstehenden Parlamentswahlen verstärkten sich schon kurz nach Bekanntwerden des überraschenden Wahlerfolgs die Vorwürfe, wonach es im Vorfeld zu massiver russischer Wahlbeeinflussung gekommen sei.

Das Verfassungsgericht ließ die Stimmen neu auszählen und bestätigte noch am Tag nach den Wahlen die Korrektheit der Ergebnisse. Wenige Tage später kam es zu einer Kehrtwende: Die Veröffentlichung von Geheimdienstberichten hatte die intensiven Debatten über die äußere Einmischung in die Wahl bzw. die Beeinflussung durch TikTok-Kampagnen weiter angeheizt. Am 6. Dezember entschied das Verfassungsgericht schließlich über die Annulierung der ersten Wahlrunde. Dem Gericht zufolge sei die Korrektheit und Rechtmäßigkeit des zurückliegenden Wahlprozesses nicht gewährleistet, weshalb Neuwahlen notwendig seien.